

«Öl ins Feuer»

Als Präsident der USA würde er in der Nahostpolitik neue Wege einschlagen. Obamas Strategie sei gescheitert. In einem Exklusivgespräch erklärt Walid Phares, der Berater für Aussen- und Sicherheitspolitik von Präsidentschaftskandidat Romney, welchen Leitlinien dieser folgen würde. *Von Stefan Frank*

Herr Phares, was waren die schlimmsten Fehler von Obama gegenüber den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens?

Der Urfehler war, sich vom Streben in Richtung Freiheit und Demokratie für die Völker der Region zu verabschieden und stattdessen entweder zu versuchen, mit den dortigen Diktatoren wie den iranischen Ajatollahs ins Geschäft zu kommen, oder sich – während des arabischen Frühlings – auf die Seite von radikalen Bewegungen zu stellen, die möglicherweise die autoritären Herrscher von morgen sind, wie etwa die Muslimbruderschaft. Schon 2009 bei seiner Rede in Kairo hat Obama die Rolle der Säkularen und Reformen in den Zivilgesellschaften vernachlässigt, die Unterdrückung ethnisch-religiöser Minderheiten in der Region ignoriert und sich rhetorisch an die Seite der Islamisten gestellt.

Wie würde Romney sich davon abheben?

Die Essenz von Obamas Doktrin im Hinblick auf den erweiterten Nahen Osten war es, die Islamisten als die einzigen – oder zumindest als die wichtigsten – Repräsentanten der Nationen zu betrachten und ihren Aufstieg zur Macht vor und während des arabischen Frühlings zu fördern. Eine Romney-Administration würde sich darauf konzentrieren, die Demokratie- und Reformsegmente der Zivilgesellschaften zu unterstützen, dabei kein gewaltfreies Segment der Gesellschaften ausser Acht lassen und gleichzeitig treu gegenüber den Verbündeten sein.

Muss man aber Obama nicht dafür danken, dass er den Irakkrieg beendet hat?

Wenn man einen Krieg beendet, kann das entweder ein Erfolg oder ein Desaster sein. Die Art, wie Obama den Einsatz im Irak beendet hat, ist ein Desaster. Er hat die amerikanischen und alliierten Truppen aus dem Irak abgezogen, ohne zwischen den USA und dem Irak eine strategische Vereinbarung über gegenseitigen Beistand zu treffen und ohne dass es im Irak eine nationale Koalition gäbe, die dem Druck des Iran standhalten könnte. Dieser hat seit Ende 2011 das Land durchdrungen und einen strategischen Korridor nach Syrien errichtet.

Zumindest hat Obama al-Qaida eine Reihe schwerer Schläge zugefügt ...

Die Tötung Bin Ladens und anderer hochrangiger Funktionäre wie Anwar al-Aw-

laki könnte man als grosse Leistung betrachten, wenn al-Qaida geschwächt worden wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Die Dschihadisten von al-Qaida und ihrer Ableger wachsen in ihrer Zahl und gewinnen immer mehr Territorium. In Afghanistan und Pakistan sind sie immer noch funktionstüchtig und sogar im Aufstieg; im Jemen, in Somalia

ist ein weiteres Desaster. Der Öffentlichkeit wurde vorgegaukelt, dass Bin-Laden den Dschihadismus geschaffen hätte, während es in Wirklichkeit genau umgekehrt ist.

Inwiefern?

In Kairo und den anderen Ländern des arabischen Frühlings sehen wir Tausende von Militanten, die Bin-Laden-Bilder hochhal-



«Zweistaatenlösung»: republikanischer Präsidentschaftskandidat Mitt Romney im Juli 2012 in

und jenseits des Sahel breiten sie sich aus und haben einen Brückenkopf in Mali gebildet. Ihre Verbündeten, die Boko Haram, verwüsten Nigeria, das mit al-Qaida verbündete Salafi-Netzwerk in Bengasi hat den US-Botschafter und seine Leute getötet. Auf beiden Seiten des Atlantiks werden autochthone Dschihadisten immer frecher. Das Ausmass des weltweiten Dschihadi-Netzwerks ist bedrohlicher als je zuvor. Den Al-Qaida-Führer zu töten, seine Ideologie aber zu ignorieren,

ten und singen: «Obama, Obama, wir alle sind Osama.» Nicht Bin Laden war die Fabrik des Dschihadismus, sondern das Netzwerk von Madrassen und die Dschihadi-Indoktrination. Was hat Obama getan, um dem etwas entgegenzusetzen? Gar nichts. Schlimmer noch, seine Administration hat aufgehört, die nationalen Sicherheitsbehörden und die Öffentlichkeit über die Doktrin der Dschihadisten aufzuklären, und dadurch Amerika und den Westen unfähig ge-

macht, die Bedrohung zu entdecken, wenn sie auftaucht, so wie in Libyen. Weil die USA nicht in der Lage waren, die Salafidshihadisten dort zu identifizieren, haben sie vor dem Terroranschlag in Bengasi auch keine angemessenen Sicherheitsstrategien entwickelt.

Wie bewerten Sie Obamas Reaktion auf die Proteste gegen das Mohammed-Video?

Der erste Fehler war, zu ignorieren, dass die Salafisten ein Netzwerk haben, das von Nordafrika bis zur Levante reicht und jederzeit antiwestliche Proteste anzetteln kann, unabhängig vom jeweiligen Vorwand. Obamas Berater waren nicht in der Lage, zu unterscheiden zwischen einer



Jerusalem.

gesellschaftlichen Reaktion auf ein Phänomen und Terroraktivität. Das Salafistennetzwerk hat seine eigene Agenda und Strategie und entscheidet selbst, wann es einen Vorfall auswählt, um eine Offensive zu starten. Es sind nicht die Vorfälle selbst, die sie auslösen. So war es schon bei früheren Vorkommnissen wie dem Abu-Ghraib-Fall, dem Karikaturen-Krieg und vielen anderen.

Gab es nicht auch echte Empörung?

Ja, aber es sind die gut organisierten Netzwerke, die den Frust in gewalttätige Aktionen umsetzen. Leider hat die schlecht beratene Obama-Regierung Öl ins Feuer gegossen, indem sie sich bei der arabisch-muslimischen Welt entschuldigt hat für eine Sache, mit der sie nichts zu tun hat und von der die amerikanische Öffentlichkeit zuvor gar nichts wusste. Das war ein riesiger Fehler, vor allem, weil Offizielle das Video bis zu einem Punkt für die Gewalt verantwortlich machten, wo es wirklich lächerlich wurde. Erst nach Wochen hat die Obama-Regierung zugegeben, dass es in Bengasi einen wirklichen Terroranschlag gab.

Romney will die syrische Opposition mit Waffen unterstützen. Besteht nicht die Gefahr, dass diese eines Tages gegen Amerikaner gerichtet werden, so wie einst in Afghanistan?

Nein, er würde niemals einem Islamisten eine Waffe geben. Eine solche Zusage würde nur diejenigen erhalten, die Amerikas Werte und Interessen teilen, nach einer fallweisen Prüfung. Romneys Strategie bestünde, anders als die Obamas, darin, innerhalb der Opposition diejenigen zu identifizieren, die der iranischen Expansion widerstehen und sich klar von den Dschihadi-Salafisten distanzieren. Die Partnerschaft würde nicht allein darauf basieren, Assad zu stürzen, sondern darauf, was für eine Art Syrien wir uns wünschen – eines, in dem alle Bürger dieselben Rechte haben, unabhängig von religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit, in dem Minderheiten, Frauen und Gruppen aller politischen Richtungen, solange sie gewaltfrei sind, am politischen Prozess teilnehmen können. Romney kann, was die Dschihadisten betrifft, auf jahrelange Erfahrung und einen langen Lernprozess zurückgreifen und wird sich deshalb nicht von ihnen hereinlegen lassen.

Betrachtet er Ägypten immer noch als befreundeten Staat?

Das ägyptische Volk wird als Freund betrachtet, vor allem, nachdem wir Millionen von jungen Männern und Frauen, Reformer, Angehörige der Mittelschicht und der Minderheiten in der frühen Phase des arabischen Frühlings auf dem Tahrir-Platz nach Demokratie und Freiheit haben rufen hören.

Wird er dennoch den Geldfluss nach Ägypten – und zu den Palästinensern – an Bedingungen knüpfen?

Die ägyptische Regierung, die nun von der Muslimbruderschaft gestellt wird, wird sich die Hilfe verdienen müssen, ja. Wenn sie gegen die Prinzipien der Demokratie und Freiheit handelt, wenn sie den Friedensprozess bedroht oder sich mit antiamerikanischen Kräften verbündet, hätte das Einfluss auf die amerikanische Hilfe. Dasselbe gilt für die Palästinenser. Wenn die Radikalen wie die

Hamas nach oben kommen, geht es mit der Hilfe nach unten. Wenn die Kräfte der Zivilgesellschaft vorwärtskommen, bleibt die Hilfe. Grundsätzlich aber wird die Romney-Administration alle Entscheidungen ihrer Vorgängerin einer Prüfung unterziehen.

Ist der Abzug aus Afghanistan 2014 voreilig?

Es geht um das Ziel, nicht um das Datum. Obama geht es nur um das Datum, unabhängig vom Erfolg. Da aber zu seiner Afghanistan-Strategie nicht gehört, das afghanische Volk auch auf zivilem Gebiet gegen die Taliban zu wappnen – nicht nur in der Bürokratie, sondern in der Gesellschaft –, rechnen wir damit, dass ein Abzug nach Art Obamas im Jahr 2014 nicht erfolgreich sein wird. Was genau eine Romney-Administration ab 2013 zu korrigieren hat, wird aus ihrer Einschätzung der dann herrschenden Lage folgen.

Auch Romney spricht von einem palästinensischen Staat, der friedlich an der Seite Israels existieren soll. Ist das überhaupt möglich, in Anbetracht der Weigerung der Hamas, ihr Ziel, die Vernichtung des jüdischen Staates, aufzugeben?

Er hat klar gesagt, dass er eine Zweistaatenlösung möchte, gleichzeitig aber den Gedanken eines «demokratischen palästinensischen Staates» betont. Die Bedingung eines erfolgreichen palästinensischen Staates ist das Entstehen einer demokratischen Kultur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, so dass Kräfte wie die Hamas so weit marginalisiert werden, dass sie den Friedensprozess nicht mehr zerstören können. Die neue US-Regierung wird sich also stärker mit der palästinensischen Zivilgesellschaft befassen, nicht weniger, wie unter Obama.

Wird Romney eine iranische Atombombe verhindern?

Gouverneur Romney war in allen seinen Reden, Artikeln und Statements sehr klar. Seine Regierung wird sicherstellen, dass das iranische Regime niemals eine Atombombe besitzen wird. Das ist eine Kernkomponente seiner Sicherheitsagenda.



Walid Phares

Der 54-Jährige ist amerikanischer Professor und Experte für die Konflikte im Mittleren Osten und den internationalen Terrorismus. Der gebürtige Libanese berät den Antiterrorausschuss des Repräsentantenhauses und ist ein hochrangiger außen- und sicherheitspolitischer Berater des Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney. In seinem im Dezember 2010 erschienenen Buch «The Coming Revolution: Struggle for Freedom in the Middle East» prognostizierte er den Aufstand in der arabischen Welt.

Stefan Frank ist unabhängiger Publizist und schreibt für verschiedene deutsch- und englischsprachige Periodika über politische, ökonomische und historische Themen. Dieser Tage erscheint sein Buch «Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos».